

Beilage zur „Solidarität“

Mr. 26.

Berlin, den 29. Dezember 1906.

12. Jahrgang.

Korrespondenzen.

Strasburg i. G. Außerordentliche Generalversammlung am 24. November 1906. Nach Verlesung des Protokolls berichtet Kollege Brehm als Lohnkommissionsmitglied. Die Druckerei „Strasburger Post“ hat den Hilfsarbeitern eine Teuerungszulage vom 1. Oktober ab bis Neujahr in Höhe von 1, 3, 2,50, 2 und 1,50 Mk. bewilligt, und soll der Lohn vom Neujahr ab 1, 0,75 und 0,50 Mk. pro Woche mehr betragen. Die Druckerei Bartl & Meymann in Schiltigheim teilte mit, daß die Lebensmittel in Schiltigheim billiger sind als in Strasburg und ihre Hilfsarbeiter die höchsten Löhne hätten. Sie aber gewillt sind, mit der Lohnkommission in Verhandlung zu treten. Der Direktor der Firma Dusch & Co. hat sich einem Maschinenmeister gegenüber geäußert, mit Gelegenheit den Hilfsarbeitern und Arbeitern mehr zu geben. Es wird empfohlen, sich nochmals mit Herrn Riebel („Bürgerzeitung“) in Verbindung zu setzen. In der Druckerei vorm. Hübner soll von Neujahr ab den Hilfsarbeitern und Hilfsarbeiterinnen aufgebessert werden. Der Geschäftsleiter der „Strasburger Neuesten Nachrichten“ suchte, da er schon vom 1. Oktober ab 1 Mk. Zulage bewilligt hatte, durch allerlei Ausreden, z. B. ein junger Einleger hat einen Brief an eine falsche Adresse befördert, eine weitere Zulage als nicht notwendig hinzustellen. Die Verammlung mißbilligte die Handlungsweise der Prinzipale und beharrte darauf, die gestellten Forderungen unter allen Umständen hochzuhalten und sich nicht mit Brosamen zu begnügen. Ein Antrag, Druckerversammlungen abzuhalten, in welcher sich jeder Kollege und Kollegin durch Unterschrift verpflichtet, die Forderungen aufs entscheidendste durchzubringen, wurde einstimmig angenommen. Sodann Schluß der sehr gut besuchten Versammlung. C. S.

Wittenberg. Am 24. November fand eine mäßig besuchte Versammlung statt. Das Protokoll wurde angenommen und die örtlichen Verhältnisse der verschiedenen Druckereien eingehend durchgesprochen. Fast überall sind recht niedrige Löhne und andere Mißstände zu verzeichnen. Es ist daher die höchste Zeit, daß unsere Kollegen und Kolleginnen sich aufrufen und in den Verband eintreten, damit es auch hier besser werde. Nach eingehender Besprechung der bevorstehenden Tarifbewegungen an fast allen Orten, erfolgte Schluß der Versammlung.

Strasburg i. G. Außerordentliche Generalversammlung am 2. Dezember 1906. Dieselbe war sehr gut besucht. Nach Verlesung des Protokolls teilte die Lohnkommission den Verlauf der Lohnforderungen mit. In den stattgefundenen Druckerversammlungen hatten die Hilfsarbeiter der Druckereien „Strasburger Post“, v. Schulz & Co., G. H. Volke, Druckerei, „Bürgerzeitung“ die Kündigung unterrichtet, welche an den darauffolgenden Tagen den betreffenden Geschäftsleitungen ausgestellt wurden. Fast sämtliche Prinzipale hielten den Beschluß ihrer letzten Versammlung aufrecht. Von dem Vorsitzenden des Prinzipalvereins Strasburg ging ein Schreiben ein, in welchem mitgeteilt wurde, daß Mitte Dezember die Hilfsarbeiterfrage in Leipzig geregelt wird, was uns auch an demselben Tage von unserm Zentralvorstand mitgeteilt wurde. Auf diese beiden Schreiben hin wurden die Kundigungen zurückgezogen. Die Versammlung beschloß, einen Delegierten nach Leipzig zu entsenden. C. S.

Breslau. Mitgliederversammlung am 3. Dezember 1906. Nach Verlesung des Berichts der letzten Versammlung monierte Kollege Abend die Mängel desselben in unserer Zeitung, da seine einzelnen Ausführungen über das Referat Engel fehlen. Doch dieses ist Sache der Redaktion, wofür wir nicht können. Der Vorsitzende verlas sodann ein Kundschreiben des Zentralvorstands, welches eine Einladung zu einer Tarifberatung nach Leipzig enthielt. Nach dem Schreiben sind aber nur die Zahlstellen, welche über 200 Mitglieder haben, berechtigt, einen Vertreter zu entsenden, also Breslau (treip. Schlesien) davon ausgeschlossen. Darüber entspann sich eine lebhaftige Debatte, in der sich sämtliche Redner dahin ausdrückten, auf alle Fälle einen Vertreter zu schicken, event. auf eigene Kosten, welchen Antrag die Versammlung einstimmig annahm. Es wurde sodann die Wahl eines Delegierten per Stimmzettel vorgenommen. Vor Eingang zur

Wahl erklärte der Vorsitzende, Kollege Müller, von seiner Periode abzusehen, da er, weil es unmöglich ist, hier Stellung zu kriegen, nach auswärts sich verpflichtet hat. Gewählt wurde mit großer Majorität (1/2 der Anwesenden) Kollege Abend, welcher das Amt auch annahm. Kollege Müller wies dann auf die am 12. Dezember stattfindenden Protestversammlungen hin, welche sich mit der jogen. Antigerichts-Kommission beschäftigen werden. Nicht sei es, dort zahlreich zu erscheinen. Bezüglich des Weihnachtsfestes wird bekannt gemacht, daß dasselbe am Sonntag, den 30. Dezember im „Mühlen Strand der Leder“ stattfindet und ein Entree von 20 Pf. erhoben wird. Auch wurde aufgefordert, sich mehr an den Sammelstellen zu beteiligen. Wie schon angeführt, verläßt unser Vorsitzender in Kürze Breslau, da nun die Neuwahlen des Vorstandes im Januar stattfinden, wurde bis dahin der zweite Vorsitzende, Kollege Epig, mit der Führung der Geschäfte betraut. In Erwähnung wurde auch die Anstellung eines Beamten gezogen, worüber die nächste Generalversammlung entscheiden wird. Da sich verschiedene Änderungen im Ortsstatut als notwendig herausgestellt haben, wird hierzu eine Statutenberatsammlungskommission gewählt und zwar die Kollegen Abend, Riebel, Kaffner, Hobaus, Epig, Klotzka und Nonzella; sämtliche Anträge hierzu sind bis zum 15. Dezember einzureichen. Nachdem Kollege Abend noch einige Worte des Abschiedes an den tagenden gerichtet hatte, erfolgte mit einem Hoch auf denselben sowie auf den Verband Schluß der Versammlung. M. Sch.

Bremen. Versammlung am 4. Dezember 1906. Das Protokoll konnte nicht verlesen werden. Der Vorsitzende berichtet über den Stand der Lohnbewegungen und schildert die Sache Hauschild. Kollege Niem ist mit der eigenmächtigen Handlungsweise des Vorsitzenden bei H. nicht einverstanden; er meint, daß ein längerer Ausnahm mehr Erfolg gebracht hätte. Kollege Schad begründet nochmals seine eingeschlagene Taktik, die auch vom Vorsitzenden der Buchdrucker als die richtige anerkannt wird. Die Versammlung ist mit Kollegen Schad's Vorgehen einverstanden, da auch ein Schreiben des Verbandsvorstandes dieses genehmigt. Zur Konferenz nach Leipzig wird Kollege Schad entsandt. Eine triftige Angelegenheit mit einem Obermeister wird nach der Erklärung des Buchdrucker-Vorsitzenden, untersucht werden. Nach Erledigung einiger örtlichen Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung. M. S.

Stuttgart. Unsere jährliche Generalversammlung war gegen die sonstigen Versammlungen sowohl, als auch in Hinsicht der Bedeutung, sehr gut besucht; stand die Neuwahl der gesamten Ortsverwaltung mit auf der Tagesordnung. Sämtliche Angestellte schloßten die Versammlung, aus Mangel, sie könnten ein Röstchen übertragen bekommen, durch das sie verpflichtet würden, im neuen Geschäftsjahr nun auch einmal praktisch mitzuarbeiten und zogen es lieber vor, auch weiterhin zu den permanenten Kritikern zu zählen, wenn die Verwaltung etwas unternimmt, was ihnen dann nicht in den Kram paßt. Ungeachtet dessen schente die Verwaltung doch nicht die nötige Mühe und Arbeit. Es wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr 10 Mitglieder-, 3 öffentliche und 20 Geschäftsversammlungen abgehalten. Der Erfolg zeigte sich nun auch zunächst in dem bedeutenden Anwachsen der Mitgliederzahl; stieg doch dieselbe von 160 im vorigen Jahr, auf über 400 Mitglieder am Ende dieses Jahres. Also eine Zunahme von über 150 pCt. In dieser Hinsicht ein Erfolg, mit dem man vorläufig wohl zufrieden sein kann. Aber nicht in Zufriedenheit wollen wir uns nun wegen, nein, denn dazu haben wir wahrscheinlich hier wohl am wenigsten Veranlassung; im Gegenteil, dieser Erfolg soll uns zu neuem Arbeiten anfeuern. Wir wollen uns und werden nicht eher ruhen, als bis wir auch hier in Stuttgart eine Macht sind, mit der, ob man will oder nicht, wohl oder übel gerechnet werden muß, und uns die Stellung errungen haben, die uns gebührt, als dem Hilfspersonal einer der ersten, größten und teuersten Druckstädte Deutschlands. Auch würde das nur zum Wohl und Frieden innerhalb des Gewerbes beitragen. Bei der vorgenannten Neuwahl der gesamten Ortsverwaltung wurde dieselbe nahezu vollständig durch neue Verwaltungsmitglieder besetzt. An Stelle des von hier fortge-

zogenen, langjährigen Vorsitzenden Wennagel wurde Kollege Werner einstimmig gewählt. Derselbe besitzt hier alleseitiges Vertrauen und Sympathie. Auch hoffen wir, in demselben auch die richtige Kraft gefunden zu haben, die instand ist, das ihm von der leitenden Verwaltung hinterlassene Vermächtnis, nicht nur gute Früchte bringend zu verwalten, sondern nach Kräften noch auszubauen. Mögen ihn nun auch hierin die neuen Weisheit sowohl wie die gesamten Mitglieder nach bestem Können und Wissen unterstützen, zu unser aller Wohl! Der neue Vorstand muß die eingereichte Tarifeingabe durchsehen, und als ganz gewichtige Hauptfrage unsern Arbeitsnachweis, der, wenn richtig ausgebaut, nicht hoch genug einzuschätzen ist. Das abgelaufene Jahr stellte an die hiesige Zahlstelle aber auch eine schwere Aufgabe; hatten wir doch durch die Ausperrung im Steindruckgewerbe eine gewaltige Feuerprobe zu bestehen. Sie wurde aber musterhaft und mit Erfolg bestanden. So notwendig als es wäre, ein Bild über die Entstehung, Verlauf und das Ende dieser Lohn- und Tarifbewegung des Steindruckhilfspersonal zu geben, um daran zu sehen, ob und inwiefern die beträchtlichen Kosten auch im Einklang mit dem Erfolge stehen, so ist es doch nicht möglich, das heute hier zu tun und wird hoffentlich von den Leitern der Bewegung am Ort in Form eines Jahresberichts noch geschehen. Auf den Stand unseres im Oktober bereits eingereichten Tarifies für die Buchdruckereien wollen wir zur gegebenen Zeit zurückkommen und werden ebenfalls dann an dieser Stelle das von den hiesigen Prinzipalen so feim und geschickt eingeleitete und leider auch durchgeführte Verschleppungsmanöver noch beleuchten. Wir mußten wohl oder übel anfangs die Tarifrevision der Buchdrucker in Berücksichtigung ziehen, andererseits auch die in Aussicht gestellten allgemeinen Tarifverhandlungen für das gesamte Hilfspersonal Deutschlands uns zuzwingen, wiederum eine abwartende Stellung einzunehmen, so wenig als es unserm Willen eigentlich entsprach. Mögen nun die Verhandlungen ein Resultat zeitigen wie sie wollen, so wird es notwendig sein, unseren besonderen örtlichen Verhältnissen noch entsprechend Rechnung zu tragen. Aber dazu ist es notwendig, daß unser gesamtes Hilfspersonal immer noch mehr und einiger sich zusammenschließt, um unseren berechtigten Forderungen auch den nötigen Nachdruck dann geben zu können, wenn es eventuell notwendig werden sollte. Mit diesem Gelübde wollen wir das alte Jahr beschließen und das neue mit frischer Kraft und Energie beginnen! -1-

Strasburg a. G. Außerordentliche Generalversammlung am 8. Dezember 1906. Der Beschluß der letzten Versammlung, Entsendung eines Delegierten nach Leipzig, wurde aufrecht erhalten. Als Delegierter wurde Kollege Brehm gewählt. An dem Tarifentwurf wurden mehrere Änderungen getroffen, wie: Ein Hilfsarbeiter ist nicht als Ausläufer zu benutzen; Auschieben ist Arbeit des Maschinenmeisters; Sonn- und Feiertagsarbeit ist doppelt zu bezahlen; für Bronzierer ist von der ersten Stunde an Zulage zu bezahlen; der § 8 wurde gestrichen. Ferner wurde noch beschlossen, für diejenigen, welche unter 12 Mk. verdienen, einen Lokalzuschlag von 15 pCt. bis 15 Mk. einen solchen von 10 pCt. und von 15 Mk. aufwärts einen solchen von 5 pCt. zu verlangen. C. S.

Berlin. Zahlstelle I. Versammlung am 8. Dezember 1906. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte die Vorsitzende mit herzlichem und warmen Worten des verstorbenen Buchdruckerwaliden Philipp Schmidt, dem wir als Mitbegründer und Förderer unseres Vereins sowie als treuen und immer hilfsbereiten Freund früherer Zeiten ein stets dankbares Gedenken bewahren werden undehrte die Versammlung das Andenken des Verstorbenen in der üblichen Weise. Die Tagesordnung dieser Versammlung war zwar eine sehr kurze, aber trotzdem bedeutungsvoller denn je und teilte die Vorsitzende, nachdem sie zuvor den üblichen Bericht der letzten Druckerversammlungen gegeben, mit, daß wohl hervorgerufen durch die verschiedenen Lohnforderungen in Leipzig, Bremen, München usw., ziemlich plötzlich, wenn auch nicht unerwartet, eine Einladung zu eventuellen Tarifverhandlungen von den Prinzipalen an den Verbandsvorstand gelangt sei. Wenn diese Tarifverhandlungen, zu denen die Prinzipale sogar schon eine Vorlage ausgearbeitet

haben, auch etwas plötzlich erfolgten, dann sei es aber doch nicht unerwartet gekommen; denn die natürlichen Erhebungen im letzten Sommer und in den zu diesem Zweck einberufenen Druckereiverjammlungen sei immer wieder darauf hingewiesen, daß die Statistiken die Grundlage bilden sollen für eine immerhin mögliche Tarifverhandlung. Nun möge die Verjammlung beschließen, ob die Mitglieder gewillt sind, zu diesen Tarifverhandlungen Vertreter zu delegieren, in diesem Falle empfehle der Vorstand die Stoll, Teske und Müller als solche; die Verjammlung beschloß demgemäß. Hiermit war der geschäftliche Teil erledigt und schaffte Herr Strupp durch seine brillante Rezitation, daß alle Teilnehmer einmal von Herzen froh sein konnten, und die Nacht im anschließenden gemütlichen Beisammensitzen, das verjocht wurde durch Gesang und humoristische Vorträge der Mitglieder und Gäste, bis zum frühen Morgen in froher Laune beim Tanz verbrachten.

Wünchen. Monatsverjammlung am 8. Dezember 1906. Kollege Alb. Schmid eröffnete die heutige Verjammlung und erteilte, nachdem die Tagesordnung angenommen wurde, dem Schriftführer, Kollegen Bergler, den Auftrag, das Protokoll zu verlesen. Hierbei mußte berichtigt werden, daß der Streik in der Firma „Graphia“ nicht wegen Verdringung von Streikarbeit (siehe Beilage der „Solidarität“ Nr. 23), sondern infolge Abschluß eines Tarifes mit dem Hauptbinderverband und wegen Einigung beim Schiedsgericht beendet werden mußte. Hieran erstattete Kollegin Burkert den Vassenbericht fürs 3. Quartal sowie den Mitgliederbestand, der die Zahl 134 betrug. Kollege Bauer berichtete hierauf, als Revisor, daß Kasse und Bücher in bester Ordnung vorgefunden wurden. Betreffs unserer Tarifrage gab Kollege Reumeyer bekannt, daß vorläufig nichts geschehen könne, weil die Prinzipale einen allgemeinen Tarif für die gesamte Hilfsarbeiterchaft inkl. Ausgeber, Laufburschen, Antlicher usw. zur Einführung bringen wollen und deshalb am 14.—18. Dezember nach Leipzig eine Verjammlung einberufen haben. Vorsitzender Alb. Schmid bemerkte hierauf, daß es wohl angenehmer wäre, wenn wenigstens ein Proportium geschaffen worden wäre. Vor allem heißt es bei den Verjammlungen in Leipzig Vorrecht zu gebrauchen und würde er alles draussetzen, um unsere Forderungen durchzubringen. In dem Berichte über seine Agitationstour vertriebs Kollege Schmid zunächst auf die „Solidarität“ und bemerkte sodann, daß überall dort, wo starke Organisationen bestehen, auch bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse vorhanden sind. Auch freue es ihn, daß er überall willkommen und gut aufgenommen war. Er wünsche nur, daß seine Reise Erfolg haben möchte und die ganze Kollegenchaft Westdeutschlands sich seit zusammen-schließen würde. Bei der nun folgenden Wahl eines Delegierten zu den Verhandlungen in Leipzig wurde Kollege Schmid einstimmig gewählt. Unter Vereinsangelegenheiten wies Kollege Reumeyer laut Statistik nach, daß nicht in den großen, sondern gerade in den kleineren Druckereien bessere Löhne bezahlt werden. Nachdem noch Kollege Klobner den Gewerkschaftsbericht erstattet und wie gewöhnlich kleinere Mißstände besprochen wurden, schloß der Vorsitzende die Verjammlung.

Hamburg. Mitgliederverjammlung vom 8. Dezember. Bei Verlesung des Protokolls wurde dasselbe vom Kollegen Binnau beanstandet, weil es in der „Solidarität“ nicht veröffentlicht, wie überhaupt von Hamburg in unserem Nachblatt nichts zu lesen sei. (Anmerk. d. Schriftf.). Dem Kollegen stehen in vorhandenen Belegen mehrere hundert Druckzeilen aus der „Solidarität“ über Verjammlungsberichte zur gefälligen Einsicht zur Verfügung.) Nordmann berichtete dann hierzu, daß eine wesentliche Korrektur, sowie die kurze Zeit den bereits fertiggestellten letzten Bericht hinfallen gemacht habe. Kollege Nordmann verliest einen Brief aus Berlin betreffs der Delegationen zu den Tarifverhandlungen, welche in Leipzig stattfinden sollen. Es gelang nun auf Antrag der uns übermittelte Tarif-Entwurf der Prinzipals-Kommission zur Verlesung; hierzu findet eine kurze aber heftige Debatte statt. Klarner wendet sich zuerst in scharfer Weise gegen den Entwurf, der nicht den geringsten Vorteil für uns zeitige, im Gegenteil mühten wir unsere hier in Norddeutschland errungenen Positionen geradezu einbüßen; wir haben die ehrliche Absicht, auf friedlichem Wege zu verhandeln, aber die in diesem Entwurf aufgestellten Paragraphen könnten unsere Zustimmung auf keinen Fall bekommen. Strung bemerkt, die ganze Vorlage sei in solcher Kürze gefaßt und bringe uns nicht die geringste Verbesserung, daß dieselbe ohne weiteres annehmbar sei. Lohse als Lohnkommissionsmitglied, sowie Nordmann und Kirchner als Vorstandsmitglieder sprechen sich ganz

entschieden gegen Annahme dieses Entwurfes aus, derselbe wird auch einstimmig von Seiten der Verjammlung verworfen. Betreffs der Entsendung von Delegierten ersucht Nordmann die Anwesenden, in Anbetracht der wichtigen Sache ihre Zustimmung für zwei geeignete Personen zu geben. Reife und Streckler vertreten den Standpunkt, nur einen Delegierten zu entsenden, um den Kostenaufwand für den zweiten zu sparen. Klarner und Lohse bemerken, daß diese Sparmaßnahme nicht am richtigen Platz sei und stellen den Antrag, zwei Delegierte zu wählen. Dies wird angenommen. Die Delegierten, so führt Lohse noch aus, hätten aber die Pflicht, unserem ausgearbeiteten Text entsprechende Geltung zu verschaffen. Die Wahl wird hierauf mittels Stimmzettel vollzogen. Es erhielten: Lohse 47, Nordmann 32 und Kirchner 23 Stimmen, somit sind die beiden Erstgenannten gewählt. Nordmann, welcher jedoch die Geschäfte als besoldeter Beamter führt und keine Vertretung vorhanden ist, verzichtet und kommen nun Lohse und Kirchner als Delegierte in Betracht. Nordmann gibt nun einen Situationsbericht, welcher darlegt, daß die Tätigkeit eines Beamten doch unverkennbare Vorteile für die Zahlstelle bringe. Durch seine Vermittlung wurden Lohnbewegungen in 6 Buchdruckereien und 4 Steindruckereien geregelt, auch wurden Klagen über Behandlungen in verschiedenen Firmen beigelegt. Auch der Arbeitsnachweis bewährt sich in seiner Verwaltung gut; vor der Anstellung wurden 5-6 Stellen monatlich vermittelt, jetzt erfolgen ca. 14 Belegungen pro Monat. Kirchner verliest eine Auflistung, wonach allerdings in finanzieller Hinsicht ein Defizit vorhanden sei und müßte bei Reinstellung des besoldeten Beamten wohl eine kleine Beitragserhöhung erfolgen. Da es aber ziemlich spät geworden, so werden auf Antrag Restanstellung des Beamten und eventuelle Beitragserhöhung zur nächsten Verjammlung vertagt.

Frankfurt a. M. Generalverjammlung am 9. Dezember 1906. Der Vorsitzende eröffnete die sehr zahlreich besuchte Verjammlung mit den Worten des Dankes an die erschienenen Kollegen und Kolleginnen für den überaus starken Besuch und dem Wunsch, auch in Zukunft die Mitgliederverjammlungen so reger zu besuchen. Nunmehr verlas der Schriftführer das Protokoll der letzten Generalverjammlung, welches genehmigt wurde. Alsdann erstattete der Vorsitzende in langer Ausführung den Vassenbericht, welchem folgendes zu entnehmen war, daß unsere Zahlstelle 111 Mitglieder habe, davon 21 Kolleginnen, mithin sind für das Jahr 1906 31 Mitglieder mehr zu verzeichnen. Durch die Aussperrung hatte die Zahlstelle neue Aufnahmen gemacht, doch nach derselben sind die Kollegen wieder dem Verbanne untreu geworden, hauptsächlich bei den Firmen Mümlin & Co. und Osterich traten einige Kollegen aus, nachdem dieselben die Vorteile, die durch unsere Verwaltung errungen wurden, eingestrichen hatten. Nunmehr sei aber die kleine Arbeit begonnen worden und ist es uns gelungen, die Kolleginnen der Firmen Raumann und Maubach zum teil zu organisieren; bisher waren alle Versuche vergebens gewesen, dieselben unserer Organisation zuzuführen und wie notwendig dieselben es haben, ihre Lage zu verbessern, geht daraus hervor, daß die dort Beschäftigten die niedrigsten Löhne haben. In dem verfloffenen Jahre fanden 11 Mitgliederverjammlungen, 24 Vorstandssitzungen, 6 kombinierte Sitzungen und mehrere Geschäftsverjammlungen, die auf Abhilfe von eingegangenen Geldverden sich notwendig machten, und 3 öffentliche Verjammlungen statt. In verschiedenen Betrieben wurden seitens der Zahlstelle Lohnverhandlungen eingeleitet, welche vom teilweisen Erfolg gekrönt waren, jedoch der jetzigen Lebensmittelverteuerung nicht entsprechen. Die Einführung von Krankennunterstützung hat sich sehr gut bewährt und ist es wünschenswert, durch Erhöhung der Beiträge, dieselbe noch besser auszubauen; die Erhöhung der Beiträge fand seitens der Mitglieder keinen Anstoß. Der Kassierer gab den Vassenbericht bekannt, welcher seitens der Revisoren bestätigt wurde; auf Antrag wurde dem Gesamtvorstand Decharge erteilt, sowie gleichzeitig eine Remuneration angeprochen. Nunmehr wurde die Neuwahl des Vorstandes erledigt und die seitherige Verwaltung wiedergewählt. Als Revisoren wurden die Kollegen Anton Frey und A. Schleppe und Kollege Grewe als Kartelldelegierter gewählt. Kollege Stab erstattete Bericht über die in Leipzig stattfindenden Verhandlungen zwecks Einführung eines Tarifes für das Hilfspersonal im Buchdruckergewerbe. An der Hand der von der Prinzipalsvereinigung zugegangenen Unterlagen, wurde jeder Paragraph einer Kritik unterzogen und kamen wir zu der Ueberzeugung, daß der Entwurf, wie er uns vorliegt, nicht annehmbar sei, da er vieles enthält, wo wir vorziehen würden, von einem Tarifabschluß Abstand zu nehmen, wenn es

unseren Delegierten nicht gelingen sollte, eine bessere Verständigung herbeizuführen. Allgemein wurde seitens der Verjammlung Protest erhoben, daß vom Gan Dessen-Rassau kein Delegierter an dem Kongresse teilnehmen dürfte, man hätte wenigstens dem Ganleiter das Recht zuzulassen, wenn nicht anders, dann auf Kosten der Zahlstelle eine Vertretung zu senden. Im Verchiedenen wurden einige örtliche Angelegenheiten erledigt, unter andern einem Kollegen, welcher schon längere Zeit krank ist, 10 Mk. als außerordentliche Unterstützung gewährt. Mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden schloß der Vorsitzende nach fünfzündiger Verhandlung die Verjammlung.

Rundschau.

Das Ableugnen der Zugehörigkeit zu einer Organisation ist keine unethische Handlung. Von einigem Interesse ist ein vom Chemnitzer Landgericht als Berufungsinzanz gefälltes Urteil gegen den Leiter einer Metallarbeiterverjammlung, dem zur Last gelegt wurde, gebüdet zu haben, daß der Referent in der in Frage kommenden Verjammlung die Teilnehmer an derselben aufgefordert habe, falls von ihren Meistern Nachfrage nach ihrer Zugehörigkeit zur Organisation gehalten würde, die Fragesteller hinters Licht zu führen und ihnen die Wahrheit zu verschweigen. Die Verjammlung fand nämlich statt zur Zeit, als die große Metallarbeiteraussperrung angefangen und in allen Fabriken ein ausgedehntes Spionagesystem seitens der Betriebsleitungen eingerichtet war. Das wurde in der Verjammlung entschieden gemißbilligt und auch von dem Referenten in scharfen Worten gezeißelt. Dabei wurde auch die oben erwähnte Aufforderung an die Verjammlungssteilnehmer gerichtet. Eine Anklage wegen Duldung einer Aufforderung zu einer unethischen Handlung, die mit der Beurteilung der Verjammlungsleiter zu 20 Mk. Geldstrafe endete, war die Folge. Auf eingelegte Berufung hin hob das Landgericht das Urteil auf und erkannte auf Freisprechung. In der Begründung wurde angeführt, daß sich das Gericht dem vorinstanzlichen Urteile nicht anschließen vermocht habe, da es keine Unethik in dem Verhalten des Redners finden konnte. Es sei wohl zweifellos eine Unwahrheit, wenn die Arbeiter die Fragesteller falsch berichten; aber nicht jede Unwahrheit sei unethisch. Dies hänge vielmehr in jedem einzelnen Falle von der gegebenen Sachlage ab. In diesem Falle hatte der Arbeitgeber kein Recht, Aufklärung zu verlangen, folglich auch der Arbeiter keine Verpflichtung, Aufklärung zu geben. Umgekehrt sei es dasselbe. Wenn in diesem Falle die Arbeiter die Wahrheit sagten, würden sie ihren Gegnern nur Waffen gegen sich selbst in die Hände geliefert haben; dazu hatten sie aber keine Verpflichtung. Im Hinblick auf die Gefahr, bei wahrheitsgemäßer Auskunft ihre Stellung zu verlieren, sei es unso verständlich, wenn die Arbeiter so handelten, wie es ihnen empfohlen worden war.

Eine Definition des Begriffes „Mazregelung“. Das Einigungsamt des Berliner Generalgerichtshofes hatte sich kürzlich mit der Frage, „was ist eine Mazregelung?“ zu befassen. Nach längerer Verhandlung, an der sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sowie Vertreter des Solzarbeiterverbandes beteiligten, verurteilte der Vorsitzende, Magistratsrat v. Schulz, folgenden Schiebsspruch:

„Nachdem in verschiedenen Schlichtungskommissionssitzungen über die Frage: „Was hat als Mazregelung im Sinne des bestehenden Tarifvertrages zu gelten?“ eine Einigung nicht erzielt worden ist, hat das Einigungsamt auf Grund der heutigen Verhandlungen der Parteien, in der einzelne Vorkommnisse angeführt und als Mazregelungen bezeichnet worden sind, festgesetzt, daß unter anderem folgendes als Mazregelung der Arbeiter zu gelten hat:

1. Wenn ein Arbeiter wegen seiner Zugehörigkeit zur Organisation entlassen wird.
2. Wenn ein Arbeiter wegen Eintretens für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse entlassen wird.
3. Wenn ein Arbeiter wegen seiner Tätigkeit bei der Schlichtungskommission oder beim Werkstattdienst entlassen wird.
4. Wenn ein Arbeiter wegen Vorbringung einer Forderung zur strikten Einhaltung der Vertragsbedingungen entlassen wird.